

Der folgende Kommentar stammt von der Wiener Kultur- und Sozialanthropologin Ingrid Thurner und wurde im Standard in der Kolumne „Kommentar der anderen“ am 27.8.2017 veröffentlicht. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch auf ein Projekt hinweisen, an dem Ingrid Thurner wesentlich beteiligt ist: Initiative Teilnehmende Medienbeobachtung (www.univie.ac.at/tmb).

Für Muslime gilt die Schuldvermutung

Kommentar der anderen

Ingrid Thurner 27. August 2017

Zur Verteidigung der Juden vor dem Antisemitismus, den muslimische Einwanderer mitbringen, schwingen sich oft Kräfte auf, die diesen selbst in ihrer kultursoziologischen DNA tragen. Als ob Europa je frei von Rassismen und Fremdenfeindlichkeit gewesen wäre, als ob es nie Diskriminierungen von Minderheiten gegeben hätte, schaffen es rechte Parteien, rechte Blätter und rechte Kommentare erfolgreich, den grassierenden Antisemitismus dem Islam und seinen Angehörigen in die Schuhe zu schieben. Das Argument der muslimischen Judenfeindlichkeit gehört inzwischen zum Basisarsenal der Abwehr von Neuzuwanderung, es wird benutzt von Pegida und Identitären, von Islam-Abtrünnigen, den immer gleichen Apologeten der sogenannten Islamkritik und nicht zuletzt im Wahlkampf. Zunehmend wird es auch missbraucht von Leuten, die sich als besorgte Bürger und Bürgerinnen wahrnehmen, die vorgeblich zur Verteidigung christlicher oder abendländischer Werte schreiten und tatsächlich um ihre sozialstaatlich erkämpften Sicherheiten und Privilegien bangen. Hinter solchen Argumenten versteckt die Neidgesellschaft ihre Angst, dass zu viele Mittel aufgewendet werden für die Geflüchteten und dass immer weniger übrig bleibt für diejenigen, die diese Besorgnisse äußern. Wirklich nur eingeschleppt? Es sind die gleichen Kräfte, die schon gegen Kopftücher und Minarette wettern, Burkaverbote fordern, "dem Islam" eine Reform verordnen, den Untergang des Abendlandes voraussagen, geschlechtergerechte Sprache verweigern, Töchter in der Hymne fürchten, die sich nun auf dieses Thema eingeschworen haben, so als ob muslimische Zuwanderer die Judenfeindlichkeit im Handgepäck eingeschleppt hätten. Die Strategie ist bekannt. Vor einigen Jahren schritt man beherzt zur Scheinverteidigung muslimischer Frauen, die gegen ihren Willen von ihren Kopftüchern und ihren Männern befreit werden sollten. Und das half prima bei der Ignorierung von artverwandten Missständen hierzulande, etwa den Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern bei Postenbesetzungen, Löhnen und der Verteilung von Haushaltsarbeit. So sammeln sich die verschiedenen reaktionären Kräfte jetzt zur Verteidigung des Judentums gegen muslimische Anfeindungen und lenken dabei wunderbar von den Missständen in den eigenen Reihen ab, so als ob es keine braune Vergangenheit gäbe, keine Burschenschaften und keinen Akademikerball, keine Gedenkfeiern zu Hitlers Geburtstag, keinen Ulrichsberg, keine antisemitischen Ausfälle im Umfeld politischer Parteien; nicht zu reden von den verbalen Wiederholungstätern und -innen innerhalb der FPÖ, deren rechtsextremistische Agenda in Wort und Tat gerade unlängst das Mauthausen-Komitee vorgerechnet hat – nicht weniger als 60 Vorfälle seit 2013. Besonders paradox in dem Kontext ist der Umstand, dass Antisemitismus als westlicher Kulturexport zu sehen ist, worauf Islamwissenschaftler wie Reinhard Schulze immer wieder hinweisen. In mehrheitlich muslimischen Gebieten waren antisemitische Haltungen bis in das späte 18. Jahrhundert hinein eher unbekannt. Judenfeindliche Textstellen, die sich im Koran finden lassen, werden in den Rechtsschulen im historischen Kontext gedeutet, ihnen wird von Theologen keine zeitlose Gültigkeit zugeschrieben. Besser als bei den Christen Juden, die aus christlich dominierten Ländern fliehen mussten, etwa im Rahmen der Reconquista aus Spanien, fanden in Nordafrika und im Osmanischen Reich Aufnahme und Schutz, wenn auch mit eingeschränkten Rechten. Solange sie sich an die Vorgaben hielten, die staatliche muslimische Oberhoheit nicht infrage stellten und die vorgeschriebene Steuer bezahlten, wurden sie geduldet. Diffamierungen und Ausschreitungen sind vorgekommen, waren aber eher regional begrenzte Kontroversen als Ergebnis einer grundsätzlich feindlichen Einstellung – nicht zu vergleichen mit den Übergriffen und

Pogromen, die Juden in Europa durch die Jahrhunderte hindurch zu ertragen hatten. Dies änderte sich erst mit dem westlichen Kulturimperialismus, wie er mit Napoleons Ägyptenfeldzug 1798 begann und im Kolonialismus fortgesetzt wurde. Nun gelangte auch der Antisemitismus westlicher Prägung nach Nordafrika und Nahost, und die altbekannten antijüdischen Verschwörungstheorien begannen sich auszubreiten. Verstärkt wurden diese Tendenzen nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches und dessen Neuaufteilung unter den Siegermächten als Folge des Ersten Weltkrieges und noch einmal nach Gründung des Staates Israel, die aus arabischer Perspektive auf arabischem Territorium erfolgte und eine große Flüchtlingsbewegung nach sich zog. Aufklärung und Bildung All diese historischen Entwicklungen bedeuten aber nicht, dass die in den letzten Jahren nach Europa Geflüchteten ausnahmslos einem stupiden Antisemitismus huldigen. Tatsächlich stammen viele von ihnen aus Ländern, die mit dem Staat Israel seit seinem Bestehen in Feindschaft leben. Aber Kritik an einer Regierung ist nicht das Gleiche wie eine ablehnende Haltung gegenüber einer Religion und all ihren Angehörigen. Kritik an Israels Politik ist noch kein Antisemitismus. Und wo Antisemitismus vorliegt – sei es von alteingesessenen oder neu zugewanderten Teilen der österreichischen Bevölkerung -, wären Aufklärungskampagnen und Bildungsmaßnahmen die Lösung und nicht pauschale Dämonisierungen von Menschengruppen. Es wäre angebracht, alle antisemitischen Äußerungen und Handlungen zu bekämpfen, aus welcher düsteren Ecke sie auch immer kommen. Soziografische Faktoren wie Religion, Ethnie, Geschlecht, Sprache, Nationalität, Herkunft und Bildungsniveau derjenigen, die sie tätigen, sind dabei gänzlich gleichgültig. (Ingrid Thurner, 27.8.2017)

Ingrid Thurner ist Ethnologin, Publizistin und Mitglied der Initiative Teilnehmende Medienbeobachtung am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien.

derstandard.at/2000063211763/Fuer-Muslime-gilt-die-Schuldvermutung